



## Protokollauszug

### zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 28.06.2018, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

**TOP 1**

**Radroute 6: Vorentwurf für den Abschnitt  
Alleenstraße**

**Vorl.Nr. 213/18**

---

#### **Beschluss:**

1. Der **Vorentwurf für die Alleinstraße** vom 12.06.2018 wird mit folgenden **Rahmenbedingungen** beschlossen:
  - Im **Abschnitt 1** zwischen Myliusstraße und Solitudestraße wird die Alleinstraße zur **Fahrradstraße mit Freigabe für Kfz**
  - Im **Abschnitt 2** zwischen Solitudestraße und Seestraße wird die Alleinstraße als **Schulcampus** angelegt und nur **zeitweise für Kfz frei** gegeben
  - Im **Abschnitt 3** wird ebenfalls eine **Fahrradstraße** ausgewiesen und für **Kfz-Anlieger frei** gegeben

Damit wird die Alleinstraße auf der gesamten Länge zur **Fahrradstraße** und kann entsprechend ihrer Funktion als **Hauptradachse** gestaltet werden.

2. Der **Schulcampus Mitte** wird um den Bereich der Alleinstraße im Abschnitt 2 zwischen Solitudestraße und Seestraße **räumlich erweitert** und als Fußgängerbereich gestaltet. Die Flächen für die **Außengastronomie** werden vergrößert. Eine **optische Trennung** zwischen Radinfrastruktur und Fußgängerbereichen bleibt erhalten.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Entwurfsplanung für die Punkte 1 und 2 zu erarbeiten und dem BTU zur Beschlussfassung vorzulegen.

3. Ergänzend wird ein **übergeordnetes Konzept** mit einer klaren Definition von getrennten Hauptachsen für den Radverkehr und den Kfz-Verkehr erarbeitet mit dem Ziel, die **Solitudestraße** zwischen dem Parkhaus Solitude und der Leonberger Straße für den **Zweirichtungsverkehr freizugeben**, um den Knotenpunkt Solitude- / Mathildenstraße zu entlasten.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziffer 1 und 2 wird mit 7 Ja-Stimmen, 1 Nein Stimme und 7 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

---

Der Beschluss zu Ziffer 3 wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

**Beratungsverlauf:**

BM **Ilk** eröffnet die Sitzung unter großem Zuschauerinteresse. Er begrüßt die Anwesenden und teilt mit, dass TOP 9 vorgezogen und nach TOP 1 beraten werde. Nachdem es keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt, ruft er TOP 1 auf. Anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, informiert er zum Thema. BM **Ilk** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Noz** dankt für den sachlichen Vortrag. Dennoch sehe er dieses Thema sehr emotionsgeladen. Er habe der Testphase zugestimmt. Die Anlieger der Solitudestraße haben große Bedenken. Die Bevorrechtigung der Radfahrer in der Kreuzung Alleens-/ Solitudestraße sei nicht denkbar. Er wundere sich, wie ein Zebrastreifen bei Zone 30 eingerichtet werden könne. Der Verkehr in der Solitudestraße müsse fließen, sofern an der Mathildenstraße die Ampel „grün“ zeigt. Hier sei sonst das Chaos vorprogrammiert. Nähere Information wünsche er sich bezüglich der Verlagerung der Autos aus der Alleinstraße und der Karlstraße. Weiter spricht er die unterschiedlich angesetzten Maßstäbe an. Eine Straße mit einem Aufkommen von 2.000 Autos solle gleichwertig beachtet werden, wie eine Fahrradstraße mit gleichem Aufkommen. Ausdrücklich wolle er darauf hinweisen, dass der Abschnitt östlich der Stuttgarterstrasse heute nicht Gegenstand der Beratung sei. Hier wünsche er nähere Informationen zu den einzelnen Radachsen. Weiter geht er auf den zu- und abfließenden Verkehr der Bärenwiese ein. Das heute Dargestellte sei nicht in seinem Sinne. Die Pollerlösung sei gewollt und die Straße solle außerhalb der Schulzeiten befahrbar sein. Hierdurch könne man auch die Sporthalle andienen, sowie eine soziale Kontrolle gewährleisten, ansonsten sei eine nächtliche Partyszene vorprogrammiert. Der Zweirichtungsverkehr in der Solitudestraße sei sicherlich diskutierbar, jedoch sehe er dann keinen Sinn im Kallenberg'schen Verkehrskonzept. Heute könne er der Vorlage nur zustimmen, wenn die Kreuzung Solitude abgekoppelt sei, da er hierzu noch die genauen Verkehrszahlen benötige und der dritte Abschnitt mit der Pollerlösung für Autos freigegeben werde.

BM **Ilk** fügt hinzu, dass die Poller lediglich den zweiten Abschnitt schützen.

Stadträtin **Dr. Knoß** stellt einen Änderungsantrag gemeinsam mit der SPD. Es solle in Ziffer 1 Abschnitt 2 das Wort „zeitweise für Kfz frei“ durch „für Kfz gesperrt“ ersetzt werden. Hierdurch sei gewährleistet, dass die Anlieger ihre Stellplätze erreichen können und Lieferverkehr möglich sei. Im weiteren Verlauf begründet sie ihren Antrag. Eine Begründung sei zudem bereits durch ein Schreiben der ARGE Campus erfolgt. Eine Stärkung der Radachsen sehe sie für notwendig. Hierdurch könne der Anteil der Radfahrer erhöht werden. Man müsse Alternativen, auch für Fußgänger, anbieten. Weiter spricht sie die Elterntaxen an. Ein sicherer Radweg für Schüler könne diese reduzieren. Für den Autoverkehr gebe es genug Achsen. Weiter zitiert sie die Website der kieferorthopädischen Praxis, welche sich pressewirksam an die Öffentlichkeit gewandt habe. Es gebe genug Parkmöglichkeiten und geht in diesem Zusammenhang auf die Auslastung der Parkhäuser ein. Lobend wolle sie das Klinikum Ludwigsburg, als großen Arbeitgeber, erwähnen. Vorbildlich werde dort betriebliches Mobilitätsmanagement betrieben. Negativ äußert sie sich diesbezüglich über die Firma Strenger. Eine soziale Kontrolle sei durch den Autoverkehr, wie von Stadtrat **Noz** angesprochen, nicht zu gewährleisten. Die Vorplanung halte sie für gelungen. Die Idee der Verwaltung bezüglich der Solitudestraße gefalle ihr. Im Weiteren geht sie auf die geplante Pflanzung von Bäumen ein, dies finde sie gut, wie auch die optische Abgrenzung des Radweges. Hier bitte sie, dass keine Kopfsteinpflasterung verarbeitet werde. Die Führung der Radfahrer über die Kreuzung Stuttgarter Straße sei noch fraglich. Die geplante Ampelschaltung im ZOB Tunnel sei

---

wichtig. Sie bitte um eine enge Zusammenarbeit mit dem ADFC, der Radwegeinitiative und den Schulen.

Stadtrat **Juraneck** geht mit dem gestellten Antrag seiner Vorrednerin mit. Die Alleinstraße solle zur Fahrradstraße werden. Er sei gegen eine temporäre Freigabe des Abschnittes II. Die Bevorrechtigung in der Querung befürworte er. Der Verkehr in der Solitudestraße müsse reduziert werden. Der Vorschlag der Verwaltung einen Zweirichtungsverkehr freizugeben sei sinnvoll. Besser sei, wenn der Verkehr aus dem Parkhaus nach links unterbunden werde. Hier müsse dann die Ein-/Ausfahrt neu geregelt werden. Er hoffe auf eine Tiefgarage im Bereich der Bärenwiese. Die Radwegführung zu den Gymnasien könne verbessert werden. Der Radweg Kallenberg müsse über die Leonberger Straße in die Seestraße geleitet werden. Er werde der Vorlage zustimmen.

Als Bürgervertreter aller Verkehrsteilnehmer sieht sich Stadtrat **Rothacker**. Er begrüße das durchgehende Straßenband. Man habe eine Bevorrechtigung der Radfahrer und ein Tempolimit. Ziel sei, dass alle Verkehrsteilnehmer teilnehmen können. Der Beschluss sei temporär gewesen. Ein Probelauf hätte er sich auch bei weiteren Entscheidungen in der Vergangenheit gewünscht. Die farbliche Anpassung als Radfahrstraße sei wichtig. Poller seien wenig anfällig. Die soziale Kontrolle müsse beachtet werden. Eine Öffnung für Anlieger und Lieferanten sei nicht praktikabel. Heute können die Zeiten der Pollerabsenkung nicht festgelegt werden. Diese Regelung müsse aus Erfahrungswerten flexibel gehandhabt werden. Dem Vorschlag des Vorranges im Kreuzungsbereich Solitudestraße könne er nicht mitgehen, ansonsten könne er der Vorlage zustimmen. Viele leben vom Innenstadthandel. Die Solitudestraße, wie auch die Leonberger Straße, können keinen weiteren Verkehr aufnehmen.

Stadträtin **Burkhardt** erinnert an den ersten Schulradwegebau vor 20 Jahren. Bei der Radwegeplanung sei ein Fortschritt notwendig. Weiter geht sie auf den Klimaschutz und die fehlenden Grünflächen in der Innenstadt ein. Maßnahmen sollen nicht einzeln betrachtet und behandelt werden. Sie könne das Anliegen der Radfahrer verstehen, dennoch seien Umweltfragen keine Einzelthemen. Eine sinnvolle Realisierung sei nur unter Berücksichtigung eines Gesamtkonzeptes möglich. Dies müsse vorerst erstellt werden. Einzelmaßnahmen führen zu Schwierigkeiten bei Weiterplanungen. Sie wünsche eine getrennte Abstimmung, da sie lediglich Ziffer 3 zustimmen könne.

Die Problematik in der Solitudestraße spricht Stadtrat **Lettrari** an. Er finde den Vorschlag von Stadtrat Juraneck bezüglich des Parkhauses Solitude gut. Der Radverkehr müsse gestärkt werden. An die Diskussion um den Radweg an der Marbacherstraße wolle er erinnern. Die Alleinstraße solle weiter so belassen bleiben. Er könne mit dem Antrag der Grünen-Fraktion / SPD mitgehen.

Stadtrat **Noz** ergänzt, dass bei Abschnitt 3 die Kfz-Anlieger zu streichen seien. Der Verkehr der Solitudestraße werde nachher über die Schillerstraße geleitet. Diese sei bereits ebenso eine stark befahrene Fahrradachse. Dies sehe er kritisch.

Dringend müsse sich das Verhältnis der Verkehrsteilnehmer ändern, so Stadträtin **Dr. Knoß**. Sofern die Radwege ausgebaut werden, werden diese vermehrt angenommen und der Anteil der Radfahrer nehme zu.

BM **Ilk** geht auf die offenen Fragen ein und erläutert die Bevorrechtigung an der Solitudestraße. Die Situation sei heute unklar und müsse geklärt werden. Die Bevorrechtigung stehe nicht direkt im Beschlusstext. Weiter geht er auf die Ganglinien ein. Bezüglich der Poller werde im Anschluss über den Antrag abgestimmt. Der Zweirichtungsverkehr müsse untersucht werden, sofern eine Zustimmung erfolge. Weiter geht er auf das Kallenberg'sche Gelände ein. Die Platzverhältnisse

müssen beachtet werden. Der Radverkehr müsse über die B27 geführt und in den vorhandenen Radweg in die Friedrich-Ebert-Straße geführt werden. Der Kreuzungsbereich müsse überdacht werden.

Stadtrat **Rothacker** geht auf die Radwegeverbindung ein und will nochmal betonen, dass ein ganzheitliches Konzept für die ganze Innenstadt benötigt werde. Ein Stück herausnehmen mache keinen Sinn. Weiter merkt er an, dass die Schillerstraße keine Kapazitäten für weiteren Verkehr freihabe, auch im Bezug auf das geplante Parkhaus Kreissparkasse.

BM **Ilk** teilt mit, dass das übergeordnete Konzept mitgedacht werde aber die endgültige Ausarbeitung nicht abgewartet werden könne.

Stadträtin **Liepins** verstehe nicht, weshalb die Schillerstraße mehr belastet werden solle. Sofern die Solitudestraße einen Zweirichtungsverkehr erhalte, werde der Verkehr in jede Richtung abfließen.

Klarstellen wolle Stadtrat **Juranek**, dass die Ein- und Ausfahrt in das Parkhaus Solitude gedreht werden solle. Persönlich priorisiere er das Abfließen des Verkehrs in der Solitudestraße nach oben. Sofern der Arsenalplatz parkierungsfrei werde, habe man eine Reduzierung im Parksuchverkehr. Der Verkehr in der Solitudestraße müsse deutlich reduziert werden.

Stadtrat **Noz** könne der Vorlage mit Einschränkungen zustimmen. Er wolle heute nicht über die Weiterführung der Alleestraße, lediglich bis zur Stuttgarter Straße, abstimmen. Zudem wolle er über die Kreuzung Alleestraße-Solitudestraße separat beraten. Dies sei heute nicht Grundlage des Beschlusses.

BM **Ilk** stellt klar, dass heute nicht der Bereich östlich der B27 beschlossen werde. Heute werde lediglich über den Vorentwurf abgestimmt. BM Ilk formuliert den Änderungsantrag der Fraktion Grüne/ SPD, dass der Abschnitt 2 für Kfz gesperrt werde und lässt darüber abstimmen. Dieser Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt. Nachdem aus dem Gremium der Wunsch auf getrennte Abstimmung der Ziffer 3 geäußert wird, lässt er über Ziffer 1 und 2, wie im Beschlussvorschlag abgebildet, abstimmen. Dieser wird mit 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 7 Enthaltungen mehrheitlich angenommen. Danach lässt BM Ilk über Ziffer 3, wie im Beschlussvorschlag abgebildet, abstimmen. Dieser wird einstimmig mit 15 Ja-Stimmen angenommen. BM Ilk dankt für die Diskussion und schließt diesen TOP.

**Beratungsverlauf:**

Nachdem kein Sachvortrag vorgesehen sei, eröffnet BM **Ilk** die Aussprache.

Stadtrat **Braumann** merkt an, dass die vorgeschlagenen baulichen Maßnahmen nach Vorlage der Planungen beraten werden sollen. Die Busbevorrechtigungen machen, um den ÖPNV zu beschleunigen und attraktiver zu machen, grundsätzlich Sinn. Er könne heute den Auftrag zur Prüfung und Planung geben. Die Auswirkungen sollen im Gremium beraten werden. Es dürfe keine ersatzlose Verdrängung von Parkraum erfolgen. Soweit Trassen wegfallen, müsse für Ersatz oder Alternativen gesorgt werden.

BM **Ilk** könne dies zusichern. Vor einer Umsetzung werden die Maßnahmen beraten.

Auf die bereits gestellten Anträge verweist Stadträtin **Dr. Knoß**. Ihr gehe die Prüfung zu langsam. Zudem wolle sie wissen, ob Abstimmungen mit der LVL erfolgt seien. Man solle die Vorschläge der LVL annehmen. Es bestehe dringender Bedarf, da die Fahrgäste unzufrieden seien. Manche Maßnahmen hätten bereits umgesetzt werden können. Schnelle Prüfung wünsche sie zum Thema Bussonderstreifen an der Schlossstraße zwischen Marbacherstrasse und Sternkreuzung. Natürlich werde dies zu Lasten des Autoverkehrs gehen, so Dr. Knoß und spricht direkt Stadtrat Braumann und Stadtrat Noz an. Der Verkehr müsse umverteilt werden.

Stadträtin **Liepins** geht auf den gestellten Antrag auf Busbevorrechtigung ein. Die Vorschläge seien sehr dürftig. Im Zusammenhang mit der BRT Prüfung müsse es möglich sein, dass mit wenig Aufwand dem Bus eine Bevorrechtigung eingeräumt werde, so Liepins. Hier erwarte sie konkrete Vorschläge. Es widerspreche sich, dass eigene Trassen geplant werden und konkret keine Vorschläge erfolgen. Hier gehe es insbesondere um eine Bevorrechtigung an der Schorndorferstraße, dies könne mit wenig Aufwand umgesetzt werden. Weiter geht sie auf die Busführung in Neckarweihingen ein. Dort sei der Bus bisher durch die Parkierung benachteiligt. Man müsse überdenken, wo die Busse bisher noch benachteiligt werden. Zum Thema Ampelschaltung geht sie insbesondere auf die Oststraße ein.

Stadtrat **Rothacker** merkt an, dass der Straßenraum unter allen Verkehrsteilnehmern aufgeteilt werden müsse. Es müsse ein gemeinsames Ziel erreicht und ein ganzheitliches Konzept erstellt werden. Durch die vielen Baumaßnahmen seien die Kapazitäten in der Verwaltung ausgeschöpft und spricht hier die langen Prüfungszeiten an. Man müsse Testphasen ansetzen, so Rothacker.

Durch die Schadstoffbelastung sei man gezwungen den umweltfreundlichen Verkehr zu fördern, so Stadträtin **Burkhardt**. Die Bürger seien zum Umstieg bereit, wenn der Bus pünktlich, preisgünstig, bequem und zuverlässig sei. Bus und Bahn seien die Basis für einen umweltfreundlichen Verkehr. Wichtig seien Verbesserungen im Busverkehr. Diese seien mit der LVL abzustimmen.

Auf den Rundgang Oststadt verweist Stadtrat **Lettrari**. Er finde die Maßnahmen gut und sei zuversichtlich. Die Busse seien teilweise überfüllt. Der BRT Bus sei sinnvoll, da er mehr Platz, insbesondere für Kinderwagen und Fahrrad, biete. Zu den Hauptzeiten müssen mehr Busse eingesetzt werden.

BM **Ilk** weist darauf hin, dass die Prüfung Gespräche mit der LVL beinhalte. Die Maßnahmen werden im Gremium beraten. Weiter macht er darauf aufmerksam, dass es sich um eine Mitteilungsvorlage handle und heute eine umfangreiche Tagesordnung noch abzuarbeiten sei.

Stadtrat **Braumann** merkt an, dass es um grundsätzliche Fragen gehe. Ersatzlos könne Parkraum für die Errichtung der Busspur nicht gestrichen werden, dies stoße in der Bevölkerung nicht auf Akzeptanz. Den Autoverkehr ersatzlos zu streichen sei nicht erfolgsversprechend. Es müssen attraktive Alternativen für alle Verkehrsteilnehmer geben.

Stadträtin **Dr. Knoß** habe bereits im Ältestenrat darauf hingewiesen, dass die BRT Planungen erst fortgeführt werden sollen, wenn vorab wenigstens eine Busspur im Gremium durchgesetzt werde, sonst könne man sich die Planungskosten für den BRT sparen. Sie habe Zweifel an der Durchsetzung auch nur einer Busspur und setze ihre Hoffnung in die Neuwahlen, so Dr. Knoß.

Stadträtin **Liepins** stellt klar, dass sie eine vernünftige Verkehrspolitik wolle. Sie wolle die Parkflächen und Autos nicht ersatzlos streichen. Sie wolle in kleinen Schritten vorgehen und erstmal abklären, wo eine Busbevorrechtigung möglich sei. Zum Thema BRT Trassen bitte sie um Ehrlichkeit. Sie zitiert die Aussage von OBM Spec, dass in zwei Jahren die BRT-Busse auf eigenen Trassen fahren werden. Heute müsse besprochen werden, wo diese Trassen zu verantworten seien.

BM **Ilk** fügt hinzu, dass OBM Spec die Meinung vertritt, dass die Busse, wo es möglich ist, auf eigenen Trassen geführt werden. Ansonsten werden diese im Mischverkehr, digital beschleunigt, mitfahren.

Die Beteiligung der LVL wünsche Stadträtin **Burkhardt**. Sie bedauere, dass diese Gespräche bisher nicht erfolgt seien.

Verärgert zeigt sich Stadtrat **Th. Lutz**. Dieses Thema müsse diskutiert und beraten werden. Er wolle auf die Handwerksbetriebe, die die Innenstadt anfahren müssen, aufmerksam machen. Er berichtet aus Erfahrung von den übervollen Straßen und Staus morgens in die Innenstadt. Er sehe keine Ziele und lediglich Stückwerk. Zudem empfinde er teilweise die Anmerkungen der Grünen-Fraktion als Provokation. Weiter geht er auf die Trassenführung an der Schorndorfer Strasse ein. Dieser Idee könne er folgen. Viele Entscheidungen wären sinnvoll gewesen. Man brauche zu viel Zeit.

Stadtrat **Rothacker** plädiert dafür, dass ein gemeinsames Ziel, eine demokratische Lösung für die Bevölkerung, verfolgt werde. Man müsse aus dem gegebenen Straßensortiment das Optimale herausholen. Es solle keine persönliche Ideologie verfolgen. Er bemängelt die persönlichen Angriffe und Beleidigungen.

BM **Ilk** schließt diesen TOP.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** merkt, ohne Erteilung des Rederechtes, an, dass Unwahrheiten erzählt werden. Es gebe keine Staubildung um 7 Uhr.

BM **Ilk** ruft zur Ruhe und merkt an, dass dieser TOP bereits geschlossen sei. Nachdem Stadträtin Steinwand-Hebenstreit erneut zur Rede ansetzt, wird sie von BM Ilk ermahnt und dieser ruft unter Einsatz der Glocke erneut zur Ruhe. Im Anschluss schließt BM Ilk diesen TOP endgültig.

**Beratungsverlauf:**

Die Anträge 157/16 und 210/18 sind noch offen.

**Beratungsverlauf:**

Die Anträge 157/16 und 210/18 sind noch offen.

**Beratungsverlauf:**

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) informiert zum Thema anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Er wolle heute zu diesem Thema ein Meinungsbild des Gremiums abfragen.

BM **Iik** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Noz** wundere sich, dass die Verwaltung für dieses Thema Kapazitäten freihabe. Er stellt die Notwendigkeit in Frage. Er sehe es sinnvoll dieses Thema im Zuge der Landesgartenschau anzugehen. Er weist darauf hin, dass viele Besucher bereits eine App benutzen. Er wolle dieses Thema in der Fraktion besprechen.

Die Maßnahme sei sinnvoll, so **Dr. Knoß**. Sie wünsche sich einen deutlichen Hinweis auf öffentliche WCs. Zur Digitalisierung wolle sie anregen, dass ein Code für weitere Informationen angebracht werden solle.

Stadträtin **Liepins** steht hinter den Argumenten der Verwaltung und werde die Maßnahme

### TOP 3

### **Fußgängerleitsystem Innenstadt - Antrag Piktogramme - mündlicher Bericht**

---

unterstützen. Die Angabe der Entfernungen sei bereits in vielen Städten üblich. Der Antrag 332/16 sei somit erledigt, da dies hier mit einfließe. Die Landesgartenschau solle nicht abgewartet werden. Die Kostensumme sei hoch, dennoch sehe sie dies hier als gut angelegt.

Fraglich sei die Sinnhaftigkeit, so Stadtrat **Rothacker** und spricht die Verwendung von Steuergeldern an. Er bittet um die Erstellung eines austauschbaren Systems. Den Hinweis auf die Wegeentfernungen sehe er als Standard. Er könne nur zustimmen, wenn Fördergelder bewilligt werden.

Die fußläufige Anbindung der Stadtteile wünsche sich Stadträtin **Burkhardt**. Die Fußgängerförderung schien ihr bisher im Hintergrund zu stehen. Die Ausschilderung für die Fußgänger sei rückständig.

Stadtrat **Link** findet das Projekt gut. Hinweisen wolle er auf das irreführende Verkehrsschild „Businesspark Monrepos“ an der Umgehungsstraße 1138.

Herr **Kurt** geht auf die offenen Fragen ein. Man habe ein Grobkonzept erstellt und müsse jetzt in die Detailplanung gehen. Hierzu seien Kapazitäten vorhanden. Das System sei flexibel und jederzeit zu ergänzen, auch im Hinblick auf ein Aufrüsten im Zuge der Landesgartenschau. Das Anbinden der Stadtteile sei ebenso möglich. Eine Vorlage zu diesem Thema werde vorbereitet.

Nachdem keine weiteren Fragen gestellt werden, schließt BM **Ilk** diesen TOP.

---

### TOP 3.1

### **Ausweitung des Einsatzes von Piktogrammen zur Orientierung im Öffentlichen Raum - Antrag der SPD-Fraktion vom 13.09.2016**

**Vorl.Nr. 332/16**

---

#### **Beratungsverlauf:**

Der Antrag 332/18 ist erledigt. Zum Beratungsverlauf wird auf TOP 3 verwiesen.



---

**Beschluss:**

Die Vergabe der Planungsleistungen für die Vorentwurfsplanung (Leistungsphasen 1-2) einer zweiten Unterführung am Bahnhof auf Basis der Variante 4 der Machbarkeitsstudie des Büros Breinlinger Ingenieure an das Büro BNP Ingenieure mit einer vorläufigen Vergabesumme von 120.000,-- EUR inklusive 19 % Mehrwertsteuer und ca. 17 % Unvorhergesehenes wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Weiss

**Beratungsverlauf:**

Aufgrund des großen Zuschauerinteresses, insbesondere durch Nestlé Mitarbeiter und unter Zustimmung des Gremiums zieht **BM IIIk** diesen TOP vor und berät diesen als Punkt drei. Vorab geht er auf die persönlich schwierige Situation der Nestlé Mitarbeiter wegen des Verlustes des Arbeitsplatzes ein. **BM IIk** widerspreche dem Eindruck, auf ein frühzeitiges Abgreifen des Areals. Es haben lediglich Gespräche zum Thema Unterführung und den baulichen Veränderungen im Bahnhofsareal stattgefunden.

Herr **Linder** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Herr **Kurt** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) ergänzt, dass der oberste Konsens für das Westportal, wie auch die Unterführung, die Erhaltung des Nestlé Standortes gewesen sei. Eine Zustimmung zum Westportal sei damals nur gegeben worden, sofern der Standort nicht gefährdet sei. Eine Vorentscheidung sei für die Unterführung durch den heutigen Beschluss noch nicht verbunden. Man brauche für eine gute Entscheidungsvorbereitung mehr Grundlagen. Die Unterführung diene zur Entlastung des Bahnhofes und Anbindung des ZOB. Die Option werde nur dann gezogen, wenn es zu keinerlei Einschränkungen im Werksgelände führe.

Vor Ort konnte er sich ein Bild machen, so Stadtrat **Braumann**. Bisher sei er der Meinung gewesen, dass der Trend gegen eine Unterführung gehe. Dennoch sehe er die Nähe zum ZOB als wichtig. Er werde dem Vorschlag zustimmen. Weiter geht er auf den Erhalt der Arbeitsplätze und den Erhalt des Standortes ein. Er dankt den Nestlé Mitarbeitern für ihr Kommen.

Die Unterführung sei dringend notwendig, so Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. Die Planung des ZOB sei eine große Baumaßnahme. Die Ströme zu verteilen sei sinnvoll. Sie fordere eine Berücksichtigung des Aufzuges. Dieser solle geräumig sein. Weiter spricht sie die Verquickung des Umbaus mit der Nestlé Standortschließung an. Zur Betriebsversammlung werde eine Vertretung anwesend sein. Man solle die Hoffnung nicht aufgeben, dennoch sei fraglich, ob etwas bewirkt werden könne.

Stadtrat **Juranek** bedauert ebenso den Verlust der Arbeitsplätze und hoffe auf ein positives Ergebnis. Weiter geht er auf die Traditionsfirma Franck mit ihrem sozialen Engagement ein. Die Unterführung sei sinnvoll und notwendig. Eine Begehung habe stattgefunden. Er werde der Vorlage zustimmen. Weiter geht er auf die langwierigen Verfahren mit der Bahn ein.

Nach der heutigen Planungsdarstellung und den Erläuterungen erkenne man die Sinnhaftigkeit der Maßnahme, so Stadtrat **Rothacker**. Man müsse das Gesamtkonzept sehen, insbesondere die Radwegführung. Eine deutliche Abgrenzung in der Unterführung zwischen den Fußgängern und den Radfahrern sehe er für sinnvoll. Weiter geht er auf die Nestlé Standortschließung ein. Es gebe, wie in einem Familienbetrieb, einen großen Zusammenhalt. Die Verwaltung solle sich für die Mitarbeiter und den Erhalt des Standortes einsetzen. Wichtig sehe er den Erhalt der Arbeitsplätze. Zudem geht er auf die Berichterstattung in der Zeitung ein. Hiervon solle sich die Verwaltung distanzieren. Der Kaffeeduft gehöre zu Ludwigsburg, so Rothacker.

Stadträtin **Burkhardt** merkt an, dass sie zum Thema Unterführungen nur negative Aussagen und Erfahrungen gehört habe. Vor einigen Jahren sei man sich einig gewesen, dass Fußgänger nicht unterirdisch geführt werden sollen. Weiter wolle sie darauf hinweisen, dass der Steg besser ausgeschildert und angebunden werden solle. Zu diesem Thema solle sich die Verwaltung mit der Bahn in Verbindung setzen. Sie macht darauf aufmerksam, dass es wiederum eine Einzelmaßnahme sei. Sie wünsche sich ein Gesamtkonzept. Bedauerlich empfinde sie das Ende des Traditionsbetriebes und geht auf die Historie des Standortes ein. Sie vermute, dass die Verwaltung keinen Einfluss auf einen Weltkonzern habe.

Ebenso bedauere Stadtrat **Lettrari** die Schließung des Standortes und berichtet aus eigenen Erfahrungen.

Stadtrat **Link** erinnert an die Begehung und spricht den Standort eines Fahrradparkhauses, auf Stahlstützen über dem Eingang des Tunnels, an. Weiter merkt er an, dass bei besserer Ausschilderung und Verbesserung des Stegs eine zweite Unterführung nicht mehr notwendig sei. Zudem seien bessere Aufzüge notwendig. Dies sei wesentlich günstiger als eine Unterführung. Er gehe davon aus, dass es künftig längere Züge gebe, da der ÖPNV mehr genutzt werde. Somit wäre der Ausstieg weiter vorne und der Weg zum Steg nicht mehr so weit.

BM **Ilk** nimmt die Anregungen mit und lässt über die Vorlage abstimmen.

---

**Beschlussempfehlung:**

Die von KBK Architekten erarbeitete städtebauliche Planung für das Regele Areal der Kreissparkasse Ludwigsburg (s. Anl. 3) wird im Grundsatz beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob das Genehmigungsverfahren ohne Änderung des rechtsgültigen Bebauungsplans durchgeführt werden kann.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Empfehlungsbeschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Weiss

**Beratungsverlauf:**

BM **Ilk** zieht auf Wunsch des Gremiums TOP 5 vor und berät diesen nach TOP 2. Er begrüßt die anwesenden Vertreter der Kreissparkasse.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) führt anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, in das Thema ein. Das Vorhaben sei für die Innenstadt stadtbildprägend. Der Gestaltungsbeirat habe die Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbs empfohlen. Der Wettbewerb habe zu keinem eindeutigen Ergebnis geführt. Im Preisgericht habe man sich darauf verständigt, dass die Ergebnisse durch das Büro KBK weiterentwickelt werden. Diese Ergebnisse werden heute vorgestellt. Eine Zustimmung zur Vorlage gebe eine Planungssicherheit für die Kreissparkasse, so Kurt. Die Teilnehmer seien von zu niedrigen Geschosshöhen ausgegangen. Dies sei im Preisgericht bereits thematisiert und bei der Bewertung berücksichtigt worden. Weiter geht er auf die Empfehlungen der Jury, insbesondere die Weiterentwicklung der öffentlichen Tiefgarage, ein.

Herr **Schröter** (Kreissparkasse) dankt dafür, dass er das Projekt heute vorstellen dürfe. Die Empfehlung des Gestaltungsbeirates zur Durchführung eines Wettbewerbes habe anfangs nicht auf Freude gestoßen. Dennoch habe man sich dazu entschlossen, da man davon ausgehe, dass eine gute Lösung gefunden und eine bessere Akzeptanz erreicht werden könne. Er bittet um die Unterstützung dieses Projektes.

Herr **Lutz** (KBK Architekten) stellt den Entwurf des Projektes vor. Insbesondere geht er auf die Empfehlungen der Jury und die tatsächliche Geschosshöhe ein.

Herr **Kurt** ergänzt zum Thema geltendes Planungsrecht, dass dieses Vorhaben mit erheblichen Befreiungen des rechtsgültigen Bebauungsplanes verbunden sei. Man wolle das Verfahren

---

möglichst schlank halten und eine Änderung des Planungsrechts vermeiden, dennoch wolle man eine Rechtssicherheit für die Kreissparkasse. Die Prüfung, ob ein Genehmigungsverfahren ohne Änderung des rechtsgültigen Bebauungsplanes durchgeführt werden könne, werde nach Zustimmung erfolgen.

BM **Ilk** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Noz** merkt an, dass die Vorgaben des Gestaltungsbeirates durch die KBK Architekten eingehalten worden seien. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Ein Baugesuch noch in diesem Jahr solle verwirklicht werden, so Noz. Weiter geht er auf das Thema Tiefgarage ein. Hier seien ebenso die Wünsche beachtet worden. Die Verwaltung müsse im Zuge einer Verkehrsuntersuchung klarstellen, wo die Ein- und Ausfahrten geplant werden. Hier hoffe er auf Vorschläge. In der Vorlage habe ihn der Begriff „Verstöße“ gestört. Er bittet um Richtigstellung, da es Überschreitungen seien, denen ohne Änderung des Bebauungsplanes mit einer Ausnahmegenehmigung zugestimmt werden könne. Die weitere Zuziehung des Gestaltungsbeirates könne er sich lediglich beim Thema Farbgestaltung vorstellen. Ansonsten solle der Gestaltungsrat nicht weiter einbezogen werden, da dies lediglich zu weiteren Verzögerungen führe. Er hoffe, dass das Baugesuch noch in diesem Jahr eingereicht und möglichst früh eine Baugenehmigung erteilt werden könne.

Stadträtin Dr. **Knoß** dankt der Kreissparkasse und allen Beteiligten. Der nötige Respekt für dieses sensible Baugrundstück sei von allen Seiten eingebracht worden. Die Verschmelzung der zwei Entwürfe sei sehr gut gelungen und stimmig. Sie werde der Vorlage gerne zustimmen. Sie sei ebenso der Meinung, dass der Gestaltungsbeirat nicht mehr einbezogen werden müsse. Weiter geht sie auf das Thema Tiefgarage ein. Sie wünsche sich komfortable Stellplätze. Sinnvoll sei die Einfahrt über die Blumenstraße und die Ausfahrt über die Schillerstraße.

Ebenso mit der Planung mitgehen werde Stadträtin **Liepins**. Die Fassade zur Schillerstraße sei wichtig und müsse gut in das Straßenbild passen. Schnell müsse geklärt werden, ob ein Bebauungsplan benötigt werde. Sorge bereite ihr zudem das Thema Tiefgarage. Hier sei im Wettbewerb keine gute Lösung gefunden worden. Der Platz sei sehr beengt für eine dreigeschossige Tiefgarage mit öffentlichen Parkplätzen. Weiter wolle sie wissen, wie der zeitliche Ablauf sei.

Das Projekt sei sehr gelungen und harmonisch, so Stadtrat **Remmele**. Dennoch sehe er ebenso die öffentliche Tiefgarage als problematisch, sei aber zuversichtlich. Die öffentlichen Plätze seien der Grund für ein zügiges Bauen gewesen. Er spricht die Problematik der Ein- und Ausfahrt, wie auch die drei Geschosse an.

Stadträtin **Burkhardt** werde sich heute zu diesem Thema nicht äußern, da ihr die Unterlagen zu spät zugestellt worden seien.

Stadtrat **Lettrari** gefällt das Projekt. Kritisch sehe er ebenso das Thema Tiefgarage. Hier sei die Zu- und Abfahrt nicht geklärt. Die Schillerstraße solle nicht überlastet werden. Das Ambiente sei gelungen.

Herr **Kurt** geht auf die offenen Fragen ein. Eine gute Lösung für die Tiefgarage sei noch eine schwierige Aufgabe. Eine öffentliche Tiefgarage sei dennoch nicht unmöglich. Die Ergebnisse der

verkehrlichen Anbindung werden dem Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt zeitnah vorgelegt. Das Gremium werde hierzu umfangreich informiert. Weiter geht er auf das Thema Planungsrecht ein. Das Ziel sei eine Genehmigung mit Befreiungen, ohne ein zusätzliches Bebauungsplanverfahren, zu erteilen. Diese Prüfung erfolge sehr rasch. Die Hinzuziehung des Gestaltungsbeirates sei lediglich ein Angebot gewesen. Er nimmt mit, dass dies nicht gewünscht sei.

Stadtrat **Link** bittet darum, dass das oberste Stockwerk der Tiefgarage für die Öffentlichkeit zugänglich sei und die zwei unteren Stockwerke für die Anwohner und Mitarbeiter.

Stadtrat **Juranek** halte die Planung für gelungen. Entgegen seinen Vorrednern wünsche er die weitere Einbeziehung des Gestaltungsbeirates und halte dies für selbstverständlich.

Nachdem keine weiteren Wortbeiträge erfolgen, lässt BM **Ilk** über die Vorlage abstimmen.

**Beratungsverlauf:**

BM **Ilk** teilt mit, dass die wichtigsten Baumaßnahmen zusammengefasst worden seien. Ein Sachvortrag sei nicht vorgesehen. Er eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Link** lobt die gute Arbeit. Dennoch wolle er zur Sporthalle Hoheneck noch eine Klärung bezüglich der Kostenüberschreitung. Weiter spricht er die Tammerstraße an. Hierzu wolle er wissen, ob der Mauerabbruch bereits eingerechnet worden sei. Die Kostenschätzungen sollen künftig genauer sein, so Link.

Die Kostenüberschreitung zur Sporthalle Hoheneck bemängelt Stadtrat **Rothacker**. Weiter spricht er das Steuermittel KSIS an. Dies werde nicht aktuell geführt und könne so nicht genutzt werden. Er sehe dies als gutes Instrument um den Verlauf nachzuvollziehen.

BM **Ilk** werde diese Anregung an das KSIS Team weitergeben.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) geht auf das Projekt Turnhalle Hoheneck ein. Hier sei kein Ansatz für Unvorhergesehenes eingeplant gewesen. In der Vorplanung könne nicht alles detailliert beschrieben werden. Die Überschreitung von 4% liege im Rahmen. Das Projekt

laufe gut. Ein ausführlicher Bericht sei in der letzten Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt erfolgt. Weiter geht sie auf das Projekt Stadtbad ein. Dies sei ein schwieriges Projekt bezüglich der Bauabwicklung. Zudem nennt sie die Sanierung einer Kita im laufenden Betrieb in der Stammheimer Straße. Dies sei eine Herausforderung. Der Zeitplan sei ambitioniert.

Stadtrat **Braumann** geht auf eine Beschwerde eines Bürgers ein. Er wolle wissen, ob die abgerissene Halle ein öffentlicher Quartiersplatz sei. Dies sei ein Problem für die Anlieger. Er werde die Anfrage weiterleiten.

BM **Ilk** teilt mit, dass dieser Platz Schulgelände sei. Im Anschluss schließt er diesen TOP.

---

**TOP 7****Erschließung südlich Tammer Straße**  
- Erhöhung der Vergabesumme  
- Erhöhung der GesamtkostenVorl.Nr. 219/18

---

**Beschluss:**

1. Die Vergabesumme für die Straßenbauarbeiten an die Firma Lutz Krieg aus Möglingen wird von 785.000,-- € auf 1.135.000,-- € (brutto) erhöht.
2. Der Erhöhung der Gesamtkosten der Maßnahme von 1.020.000,-- € auf 1.291.000,-- € (brutto) wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Weiss

**Beratungsverlauf:**

BM **Ilk** verweist auf die Vorlage. Ein Sachvortrag sei nicht vorgesehen. Er eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Bauer** spricht die Summe in Höhe von 350.000,--Euro an und wolle wissen, ob diese 220.000,--Euro für Aushub und Entsorgung enthalte. Diese Summe sei sehr spät bei der Baumaßnahme hinzugekommen.

---

Frau **Schmidtgen** (FB Tiefbau und Grünflächen) merkt hierzu an, dass im Vorfeld der Maßnahme Bodenproben entnommen werden. Bei Aushub müsse dies erneut geprüft werden. Bei dieser Maßnahme habe man deutlich schlechtere Werte festgestellt.

Diese Problematik könne ebenfalls beim Bau von Tiefgaragen aufkommen, hierauf wolle Stadtrat **Rothacker** hinweisen.

Stadträtin **Burkhardt** spricht die vorhandenen Baugrundkarten der Stadt Ludwigsburg an. Sie wolle wissen, ob diese lediglich in der Innenstadt vorhanden seien. Das Tiefbauamt habe diese vor Jahren erstellt. Vielleicht können diese auch aktualisiert werden.

Hierzu merkt Frau **Schmidtgen** an, dass diese nicht lückenlos seien. Zudem sei wichtig, welche Daten auf diesen Karten enthalten seien. Diese seien ebenso nur Momentaufnahmen. Es seien aktuelle Werte erforderlich.

Stadtrat **Link** bemängelt die Ausschreibung. Diese sei an bestimmten Punkten nicht schlüssig.

BM **Iik** fügt hinzu, dass die Trefferquote bei Ausschreibungen relativ hoch sei. Fehler können dennoch nicht ausgeschlossen werden. Im Anschluss lässt BM Iik abstimmen.

---

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt beschließt den Entwurf und den Bau der Künstlergarderobe und Hinterbühne der Reithalle zur Weiterentwicklung der Karlskaserne auf Grundlage der beiliegenden Entwurfsplanung mit Kostenberechnung vom 16.03.2018 mit Baukosten von rd. 478.000 EUR inklusive 19% MwSt. (Kostengruppen 200, 300, 400 + 700).

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Weiss

**Beratungsverlauf:**

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) informiert zum Thema.

Nachdem keine Aussprache gewünscht ist, lässt BM **Ilk** über die Vorlage abstimmen.



**Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis der derzeitigen Raumbelastung der Büroetagen sowie für die Umnutzung des Hanggeschosses zum multifunktional nutzbaren Begegnungsraum für den Stadtteil eine Entwurfsplanung mit Kostenberechnung für die Sanierung des Rathauses in Neckarweihingen zu erarbeiten.
2. Der Vergabe der Planungsleistungen
  - für Architektur (Leistungsphase 1-3) an das Büro HHL, Sudetenstraße 14, 71638 Ludwigsburg wird zugestimmt.
  - für Heizung, Lüftung, Sanitär (bis Leistungsphase 3) an das Ingenieurbüro Zeeh, Schreyer und Partner, Sonnenhalde 72, 71642 Ludwigsburg wird zugestimmt.
  - für Elektro (bis Leistungsphase 3) an die PLANGRUPPE EMHARDT, Dieselstraße 21, 71696 Möglingen, wird zugestimmt.
3. Die Durchführung der Maßnahme steht unter dem Vorbehalt, dass der Förderantrag bewilligt wird und die Maßnahme im Haushaltsplan 2019 ff. finanziert werden kann.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Weiss

**Beratungsverlauf:**

Auf Wunsch des Gremiums und der anwesenden Stadtteilausschussmitglieder zieht BM **Ilk** diesen TOP vor. Dieser wird nach TOP 1 beraten.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Sie geht auf die Machbarkeitsstudie ein. Eine gewerbliche Nutzung der Gastronomie war bisher nicht erfolgreich.

Herr **Schwärzl** (Stadtteilbeauftragter) fährt in der Präsentation fort und geht auf das Förderprogramm und die Zeitplanung ein. Es gebe eine Vielfalt von Ideen und Nutzungswünschen. Hier werde ein Nutzungskonzept in Abstimmung von Nutzern, Akteuren und Bürgerschaft vor Ort erstellt. Das Förderprogramm laufe im Jahre 2020 aus. Bis dahin solle der Baubeginn erfolgt sein. Eventuell könne eine Verlängerung in Aussicht gestellt werden.

Frau **Barnert** ergänzt, dass ein Baubeginn bis 2020 zeitlich sehr eng sei. Man bleibe mit dem Team in der weiteren Planung bis zum Entwurfs- und Baubeschluss.

BM **Ilk** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Braumann** merkt an, dass der Wunsch bereits lange bestehe. Für den Stadtteil sei eine multifunktionale Nutzung eine Bereicherung. Auf der Prioritätenliste sei diese Maßnahme auf Platz 18. Die Meinung des Stadtteilausschusses sei ihm wichtig. Für den Erhalt der Geschäftsstelle habe der Stadtteil gekämpft. Eine Sanierung sei unumgänglich. Die Stelle sei repräsentativ, ortsbildprägend und ein wichtiger Baustein im Ort. Zudem spreche für die Aktivierung des Standortes auch die Errichtung des Familienzentrums in unmittelbarer Nähe. Die geplante Entwicklung des gesamten Areals wolle er wissen. Weiter geht er auf das Thema Gastronomienutzung ein. Eine gewerbliche Nutzung sehe er nicht erfolgversprechend.

Das Bauwerk sei markant, so Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. Sie werde der Vorlage zustimmen. Ein Antrag diesbezüglich sei bereits vor drei Jahren gestellt worden. Sie sei überzeugt, dass der Stadtteil eine gute Nutzung finden werde.

Stadtrat **Juranek** wünsche zukünftig eine bessere Berücksichtigung der Tagesordnung im Hinblick auf die Einladung der Stadtteilausschüsse. Inhaltlich könne er dem Wortbeitrag von Stadtrat Braumann zustimmen. Durch das Zuschussprogramm komme ein gewisser Zugzwang in dieses Vorhaben. Anmerken wolle er, dass eine Sanierung architektonisch nicht einfach sei. Dennoch sehe er diese Maßnahme als richtig. Bei der Haushaltsberatung könne erneut diskutiert werden. Er könne sich vorstellen, dass die Maßnahme in zwei Bauabschnitte geteilt werde.

Die Ideen seien gut, es solle nach dem Willen der Mehrheit entschieden werden, so Stadtrat **Rothacker**. Der Stadtteilausschuss solle einbezogen werden. Der Nutzen für die Allgemeinheit sei sinnvoll. Die Lage sei für einen Gastronomen nicht exklusiv. Anmerken wolle er noch, dass ebenso Zuschauer für TOP 4 anwesend seien und dieser TOP ebenso vorgezogen werden solle.

Ebenso ihre Zustimmung gibt Stadträtin **Burkhardt**. Schade empfinde sie den langen Leerstand des Gebäudes. Der Bedarf für soziale Einrichtungen gebe es in jedem Stadtteil. Die Bevölkerung solle über die Nutzung entscheiden. Die Anmerkung von Stadtrat Juranek über die Sanierung habe sie erschreckt. Es sei gut, dass hier Zuschüsse gewährt werden und die Verwaltung solle dieses Projekt schnell angehen. Es gebe noch viele weitere wichtige Investitionsprojekte.

BM **Ilk** erklärt das Vorgehen der Verwaltung bezüglich der Tagesordnung. Man versuche unter Berücksichtigung vieler Gesichtspunkte wie die 10 Stundenregelung der Mitarbeiter, Themen mit großem Zuschauerinteresse, sowie Externe, eine Tagesordnung zu erstellen.

Auf Wunsch des Gremiums äußert sich Frau **Penezic** (Stadtteilausschussmitglied) zum Thema. Sie informiert über die Nutzungsideen und wünsche sich ein Bürgerhaus.

BM **Ilk** lässt über die Vorlage abstimmen.

**Beratungsverlauf:**

Der Antrag 087/16 ist mit Beschluss zu 077/18 erledigt.  
Zum Beratungsverlauf wird auf TOP 9 verwiesen.